

**UZ**Unsere Zeit  
Zeitung der DKP

Mai 2013

# notizen

aus Bottrop und Kirchhellen

Bürgerentscheid im Juni

## JA - Für das Stenkhoffbad

Erstmals in der Stadtgeschichte wird es im Juni einen Bürgerentscheid in unserer Stadt geben - weil eine Mehrheit im Rat der Stadt den Bürgerwillen ignoriert, das Stenkhoffbad zu erhalten und vor allem weiter zu finanzieren. CDU, SPD und ÖDP wollen das einzige Freibad unserer Stadt 2014 zum 90. Jubiläum der Gründung schließen.

Im letzten Jahr hatten SPD, CDU, ÖDP und FDP im Rat der Stadt beschlossen, dass ab 2014 alle Gelder für das Stenkhoffbad gestrichen werden sollen. Das Gelände des Freibades soll nach dem Willen dieser Parteien nach der Schließung „vermarktet“ werden, zum Beispiel durch eine Wohnbebauung. Gegen diesen Beschluss des Rates hat die Bürgerinitiative Stenkhoffbad das Bürgerbegehren „Stenkhoffbad erhalten“ durchgeführt. Über 9.500 Bürgerinnen und Bürger hatten dafür ihre Unterschrift gegeben. In der Ratssitzung am 12. März wurde das Bürgerbegehren jedoch durch die Vertreter von SPD, CDU, ÖDP und FDP abgelehnt. Mit einem Bürgerentscheid können jetzt alle wahlberechtigten Bottroper Bürger ab 16 Jahren über die Zukunft des Stenkhoffbades entscheiden.

Mit dem Bürgerentscheid haben die Menschen in unserer Stadt erstmals die Möglichkeit, über eine ihrer eigenen Angelegenheiten, nämlich über den Erhalt des einzigen Bottroper Freibades, zu entscheiden. Mit dieser Form der direkten Demo

kratie wird ein neues Kapitel in Bottrop aufgeschlagen. Dies allein ist schon ein Signal, dass bürgerliches Engagement, dass Widerstand gegen Entscheidungen des Rates sich lohnt und wenn genügend Bürger mit JA stimmen, dass es auch erfolgreich sein kann. Das wäre eine Antwort der Bürger auf die Kürzungssorgie und die Erhöhung kommunaler Gebühren im Rahmen des so genannten „Stärkungspaktes Stadtfinanzen“. Was wir brauchen, ist eine Kultur des Widerstands gegen diese Kahlschlag-Politik! Dass dieses Signal in Bottrop Schule machen könnte, davor hat die Mehrheit im Rat der Stadt die größte Angst. Die große Koalition gegen das Stenkhoffbad fürchtet, dass sich künftig auch in anderen Bereichen der Stadtpolitik, bei Kultur und Bildung, die Bürger erfolgreich wehren könnten.

Der aktuelle Finanzplan für das Stenkhoffbad stellt einen jährlichen städtischen Betriebskostenzuschuss von nur noch etwa 100.000 Euro statt der bisher immer genannten 190.000 Euro fest. Gleichzeitig hat der von der Bürgerinitiati-

ve gegründete Förderverein Stenkhoffbad bereits zahlreiche Sponsoren gewonnen, die den städtischen Zuschuss weiter reduzieren können. Ohne eine städtische Trägerschaft des Stenkhoffbades ist das Familienbad jedoch auch künftig langfristig nicht zu unterhalten. Dieser Verantwortung darf sich die Stadt nicht entziehen. Für viele Menschen ist das Freibad im Sommer eine unentbehrliche preiswerte Freizeit- und Erholungsstätte.

**Jetzt entscheiden wir Bürger über die Zukunft des Stenkhoffbades! Stimmen Sie beim Bürgerentscheid mit JA! Das Stenkhoffbad muss bleiben!**

Michael Gerber Tel: 96227

**Schon mal vormerken:  
Am Samstag,  
25.5. kommt  
KLAUS  
DER  
GEIGER  
nach Bottrop,  
um in der  
Innenstadt  
Werbung für  
das JA zum  
Stenkhoffbad  
zu machen**



Interview mit Sprechern der Bürgerinitiative

# Jetzt entscheiden wir Bürger!!

Die UZ-Notizen sprach mit den drei Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens Bianca Kolbinger, Gabriele Schmeer und Michael Gerber

**UZ-Notizen:** Warum gibt es zum Stenkhoffbad erstmals einen Bürgerentscheid in Bottrop?

**Gabriele Schmeer:** Als im letzten Sommer die Pläne für die Schließung des Stenkhoffbades bekannt wurden, hat sich sofort im August eine Bürgerinitiative gegründet. Innerhalb von nur 6 Wochen hatte die Bürgerinitiative über 15.000 Unterschriften für die Erhaltung des einzigen Freibades in unserer Stadt gesammelt. Die Unterschriften wurden dem Oberbürgermeister Bernd Tischler übergeben, damit der Rat der Stadt sich nicht aus der Finanzierung des Stenkhoffbades verabschiedet. Nachdem die Mehrheit des Rates die Streichung aller Mittel für das Familienbad beschlossen hatte, begann die Bürgerinitiative Ende September mit der Unterschriftensammlung für das Bürgerbegehren „Stenkhoffbad erhalten“.

Da der Rat der Stadt im März sich nicht dem Bürgerbegehren angeschlossen hat, entscheiden jetzt die Bürger über die Zukunft des Stenkhoffbades mit einem Bürgerentscheid.

**UZ-Notizen:** Deine Rede zum Bürgerentscheid auf der Ratsitzung im März hat viel Wirbel ausgelöst. Wie hast du die Situation empfunden?

**Bianca Kolbinger:** Erstmals habe ich als Vertreterin einer Bürgerinitiative auf einer Ratsitzung sprechen können. Natürlich bin ich mit dem T-Shirt aufgetreten, das zum Markenzeichen der Bürgerinitiative geworden ist. Die Aufschrift lautet: Rettet das Stenkhoffbad. Dass sich der CDU Fraktionsvorsitzende Herr Hirschfelder davon in der Ratsitzung gestört fühlte und die Entfernung des T-Shirts verlangte, zeigt, wie die Nerven bei den großen Parteien blank liegen. Ich empfand die Aufforderung als peinlich und demütigend! Die Hauptsache war jedoch,

dass ich die inhaltlichen Argumente des Bürgerbegehrens zur Erhaltung des Stenkhoffbades im Rat vortragen konnte. Hinterher wurde ich in der Öffentlichkeit vielfach auf den Skandal angesprochen. Ich bekam viel Solidarität und Unterstützung für den Bürgerentscheid. Im Grunde genommen war es ein klassisches Eigentor von Herrn Hirschfelder!

**UZ-Notizen:** In der Öffentlichkeit wurde der Bürgerinitiative vorgehalten, dass sie nicht auf den Vorschlag von Oberbürgermeister Bernd Tischler für ein Moratorium eingegangen ist.

**Michael Gerber:** Die Bürger haben mit ihrer Unterschrift unter dem Bürgerbegehren beantragt, dass ein Bürgerentscheid stattfindet. Diesen Auftrag und das Vertrauen der Menschen durften wir als Vertretungsberechtigte nicht enttäuschen. Wir hatten nicht den Auftrag, mit der Stadt ein Moratorium zu vereinbaren. Der Bürgerentscheid ist per Gesetz nur innerhalb von drei Monaten nach einer Ratsentscheidung möglich. Jetzt entscheiden erstmals die Bürger und nicht der Rat über eine wichtige kommunale Angelegenheit. Für unsere konsequente Haltung, sich nicht auf einen frag-

würdigen Kompromiss einzulassen, hat es viel Zustimmung gegeben. In den nächsten Wochen werden wir als Bürgerinitiative dafür werben, dass möglichst viele Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Das Stenkhoffbad ist, genauso wie Sportplätze, Schulen, Parkanlagen und das Kulturzentrum Bestandteil der kommunalen Infrastruktur und darf nicht aufgegeben werden!



Die Sprecher der Bürgerinitiative vor dem Stenkhoffbad: links Gabriele Schmeer, Michael Gerber, rechts Bianca Kolbinger. Zum Zeitpunkt dieser Aufnahme war das Bad geschlossen und es war eisig kalt!

**Am Samstag, 1.6. führt der Förderverein im Stenkhoffbad ein Solikonzert durch - mit:**

**Heroes for one day**  
**„4 Jungs aus Bottrop! Jede Menge Spaß und Party Pop Punk!“**  
**No One's Choice**  
**„Lounge/ Punk/ Rock“**  
**Three and one Band & Dr. Ulrich Fleischer**  
**Country-George**  
**Rudi Cash**

**Kleine Gebrauchsanleitung**

# Wie funktioniert denn so ein Bürgerentscheid?

1. Anfang Mai erhalten alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger ab dem 16. Lebensjahr mit Hauptwohnsitz in Bottrop einschließlich der zur Kommunalwahl berechtigten EU- Bürger eine Informationsbroschüre mit den Stellungnahmen der Bürgerinitiative Stenkhoffbad sowie den Fraktionen im Rat der Stadt zum Bürgerentscheid.

2. Gleichzeitig wird an alle Wahlberechtigten die Wahlbenachrichtigung für die Teilnahme am Bürgerentscheid verschickt.

3. Die kommunale Satzung für Bürgerbegehren/Bürgerentscheid sieht vor, dass der Bürgerentscheid nur per Briefwahl durchgeführt wird. Die Briefwahlunterlagen müssen also mit der Wahlbenachrichtigung per Post bei der Stadt Bottrop beantragt werden. Eine Online-Beantragung der Briefwahlunterlagen wird ermöglicht. Im Rathaus, Zimmer 111 und im Bürgerbüro Kirchhellen werden Briefwahlstellen eingerichtet. Dort können die Briefwahlunterlagen direkt beantragt bzw. auch sofort der Stimmschein in Wahlkabinen ausgefüllt werden.

4. Der Stimmschein muss bis spätestens am 9. Juni um 16:00 Uhr im Rathaus eingegangen sein. Um 18:00 Uhr beginnt an diesem Tag die öffentliche Auszählung des Bürgerentscheids.

5. Der Stimmschein für den Bürgerentscheid enthält die Fragestellung:

**Soll das Stenkhoffbad auch nach 2013 weiterhin für Badegäste im Sommer geöffnet werden und der Bottroper Sport- und Bäderbetrieb die notwendigen Personal- und Betriebskosten bereitstellen?**

Die Frage kann nur mit **JA** oder **NEIN** mit einem Kreuz in den entsprechenden Feldern beantwortet werden.

7. Das Ergebnis der Abstimmung ist für den Rat der Stadt dann verbindlich, wenn mindestens 10 Prozent der Wahlberechtigten den Bürgerentscheid mit JA beantworten. Dafür sind in Bottrop 9.432 JA Stimmen erforderlich. Gleichzeitig müssen mehr JA- als NEIN-Stimmen abgegeben werden.



Die Baumfällungen an der Osterfelder Straße werden als Symbol für die Ignoranz von SPD und CDU gegenüber dem Bürgerwillen noch lange im Gedächtnis bleiben. Es scheint in Bottrop Tradition zu werden, den Jahresbeginn mit einer unnötigen Baumfällung zu beginnen. Im letzten Jahr an der B 224 und 2013 an der Osterfelder Straße.

**Euro - Teuro - Banken**

# Wem nützt die Rettungsaktion in Zypern?

Jetzt auch noch für Zypern zahlen? Das vermitteln uns die Medien von BLÖD bis ARD. Die einen erklären die Ursache der Krise damit, dass die „faulen Zyprioten, Griechen, Spanier ...“ schon so früh in Rente gehen, die anderen behaupten, dass es nur an der Zockerei einiger Banker liege. Gemeinsam ist ihnen, dass sie uns vermitteln wollen, dass es ein WIR, nämlich ein WIR DEUTSCHE gäbe.

WIR aber stellen die Frage, WEM nützen die Rettungsaktionen? WER verdient daran? WER blutet für sie und WAS sind die Ursachen dieser Krisen? WIR wissen, es sind die Banken und ihre Eigentümer, die sich an den Zinsen dumm und dämlich verdienen; es sind die Konzerne, die von der Privatisierung öffentlichen Eigentums profitieren; es ist das deutsche Finanzkapital, dem die „Exportwalze“ nutzt; es ist das Kapital in den jeweiligen Ländern, das sich darüber freuen kann, dass die Troika den Menschen das Kaputtsparen verordnet.

Auch in diesem Land werden die Angriffe auf unsere Rechte brutal fortgesetzt. Ein radikaler Umbau des Arbeitsmarktes wird durchgesetzt. Unbefristete Vollzeitverhältnisse sind für jüngere Kolleginnen und Kollegen zum Fremdwort geworden. Hartz IV wirkt in Verbindung mit der Arbeitslosenquote als Mittel zur Disziplinierung. Wenn uns die Herrschenden dann noch weismachen, dass WIR mit den Kapitalisten und ihren Politikern in einem Boot sitzen und unser Problem die „faulen Zyprioten, Griechen, Spanier etc.“ sind, dann haben sie ihre (Profit-)Herrschaft gesichert.

## Es gibt keinen Kapitalismus ohne Krise

Wenn WIR aber begreifen, dass WIR – die Arbeiter, Angestellten, Arbeitslosen, Rentner und Jugendlichen in Deutschland, Zypern, Griechenland, Spanien etc. – zu-



sammen gehören und dass auf der anderen Seite das Kapital und seine Politiker stehen, dann beginnen WIR zu begreifen, dass es Kapitalismus ohne Krise nicht gibt, dann kommen WIR der Wahrheit näher.

Dann werden WIR erkennen, dass WIR für unsere Interessen gegen das Kapital und seine Politiker kämpfen und dass WIR Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern üben müssen. Dabei ist die größte Solidarität, dem deutschen Finanzkapital die Freiräume wieder wegzunehmen, die es durch seine Flexibilisierungs- und Niedriglohnpolitik erhalten hat.

**Auch darum brauchen wir die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich, auch darum brauchen wir Lohn- und Gehaltserhöhungen, die der Umverteilung von Oben nach Unten dienen, auch darum muss Hartz IV weg.**

Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020

Schulentwicklungsplanung

# Immer noch nicht: EINE Schule für ALLE

Seit Ende 2011 hat die Stadt Bottrop in Zusammenarbeit mit dem Institut „biregio“ einen neuen Schulentwicklungsplan erstellt. Dabei wurde für einen Vorentwurf eine Elternbefragung durchgeführt, die u. a. zum Ziel hatte, das Schulwahlverhalten zu ermitteln.

Darüber hinaus wurden Untersuchungen des demografischen Wandels in den einzelnen Stadtteilen vorgenommen. So wurde ermittelt, dass sich im Zeitraum von 2000 bis 2011 die Zahl der Kinder, die in den Grundschulen eingeschult werden, massiv um ca. 800 Schüler verringert. Tendenz: Weiter abnehmend.

Mittlerweile hat das Schulverwaltungsamt einen Schulentwicklungsplan vorgelegt, der weit von dem ersten Vorentwurf entfernt ist.

Die DKP fordert seit langem: EINE Schule für ALLE, in der alle Kinder bis zum 10. Schuljahr gemeinsam lernen. Statt das gemeinsame Lernen zur Regel zu erheben, macht die Politik in NRW aber genau das Gegenteil. Das überholte dreigliedrige Schulsystem wird seit Jahrzehnten mit Zähnen und Klauen verteidigt. Alle Nachbarstaaten machen uns erfolgreich vor, dass ein zukunftsorientiertes Schulsystem auf frühes Aussortieren verzichten muss. Mit der UN-Konvention zur Inklusion behinderter Kinder ist der Druck auf die Politik gestiegen, das gemeinsame Lernen in der Grundschule und den weiterführenden Schulen von der Ausnahme zur Regel zu machen.

Die DKP ist der Meinung, dass Fördern statt Aussortieren und Inklusion statt Selektion das Ziel der zukünftigen Schulentwicklung sein muss. Doch von alledem ist im Entwurf des Schul-

entwicklungsplanes nichts zu finden. Die DKP sieht in dem Entwurf nur das reine Zählen von Köpfen, Räumen und Schulgebäuden.

Stattdessen hatte die DKP frühzeitig gefordert, dass bildungspolitische Ziele für die Schulpolitik der Stadt formuliert und im Schulentwicklungsplan festgeschrieben werden sollten. Daher hat die DKP-Fraktion im Schulausschuss u. a. folgende bildungspolitische Ziele eingebracht:

- die Senkung der Anzahl der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss;
- die Zurückführung von Schulverweigerern in das Schulsystem;
- eine bessere Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund;
- die Steigerung der Anzahl von Schülerinnen und Schülern mit höheren Bildungsabschlüssen;
- eine verstärkte individuelle Förderung der Schüler, um die ausufernde Nachhilfe durch private Institute überflüssig zu machen und
- die Umsetzung der Inklusion in unserem Schulsystem unter optimalen Bedingungen.

Doch eine Mehrheit aus SPD und CDU hat im Schulausschuss verhindert, dass über Qualitätskriterien und Bildungsziele diskutiert wird. Die DKP ist der Meinung, dass allen Kindern unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und ihrer Herkunft eine umfassende Bildung garantiert werden muss. Dafür ist aber eine qualitativ hochwertige Schullandschaft notwendig. Das Spardiktat des „Stärkungspaktes“ darf nicht die Ausrichtung der Bottroper Schullandschaft bestimmen.

**Ulrich Kunold, Tel.: 7734190**

Ostereier von der DKP

# Der DKP-Osterhase war wieder da - wie jedes Jahr

Auch in diesem Jahr gab es für die Kinder am inzwischen abgebauten Spielplatz Maybachweg am Ostersonntag eine Ostereiersuchaktion der DKP. Das hat inzwischen Tradition und begann, als im Eigen Pläne ruchbar wurden, den Spielplatz nach dem Abbauen der Spielgeräte sogar zu bebauen. Diese Pläne sind inzwischen gegessen - ebenso wie die Eier!!



Startbereit zum Eiersuchen! Beim Rennen um die Ostereier der DKP gab es zwar kein Gedrängel und Geschubse - aber Schnelligkeit zählte dennoch!



Und auch das hat Tradition: Jedes Jahr verteilt die DKP in der Innenstadt und auf dem Eigener Markt Ostereier an die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Wie immer gab es zum Ei auch was zu lesen - in diesem Jahr eine Information zum Ostermarsch für den Frieden und zum bevorstehenden Bürgerentscheid zum JA für das Stenkhoffbad. Viele Bürger freuten sich nicht nur über die bunten Eier, sondern äußerten auch ihr Unverständnis über die Parteien, die im Rat der Stadt immer noch nicht den Weg frei gemacht haben für mindestens weitere neunzig Jahre Freibad im Eigen.

**Millionengrab Schwarze Heide**

# Flugplatz abgestürzt - DKP fordert: schließen!!

**Ende Dezember 2012 hatte die DKP bei der Verwaltung um Auskunft über die Kosten für Flugplatz und Gewerbegebiet Schwarze Heide seit dem Jahr 2000 nachgefragt. Nach über drei Monaten kam die Antwort der Verwaltung.**

Insgesamt wurden seit dem Jahre 2000 bis 2012 für den Flugplatz und das geplante flugaffine Gewerbegebiet 10 Millionen Euro Steuergelder in der Kirchhellener Heide versenkt! Darunter über 2,8 Millionen Euro Verlustausgleich von den kommunalen Gesellschaftern - davon mehr als 1,4 Millionen Euro der Stadt Bottrop - und für die Verlängerung der Start- und Landebahn wiederum über 4,6 Millionen Euro. Für die Start- und Landebahn hat die Stadt Bottrop ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von über eine Million Euro gewährt. Für das vorgesehene flugaffine Gewerbegebiet sind bisher fast 2,5 Millionen Euro ausgegeben worden.

In einer Machbarkeitsstudie „Verkehrslandeplatz Schwarze Heide“ wurden 2002 innerhalb von zehn Jahren tausend neue Arbeitsplätze prognostiziert. Insgesamt gibt es jedoch derzeit weniger als hundert Arbeitsplätze am Flugplatz Schwarze Heide! Die Verlängerung der Start- und Landebahn auf 1.500 Meter im Jahre 2009 sollte einen florierenden Geschäftsreiseverkehr bewirken. Seitdem wurde nur ein (1 !!) weiteres Geschäftsreiseflugzeug in der Schwarzen Heide stationiert. Von den prophezeiten jährlichen circa 47.000 Flugbewegungen sind gerade einmal 200 Flugbewegungen mit einem Gesamtgewicht von über 2 Tonnen zu verzeichnen. Dies macht nur einen Anteil von 0,4 Prozent aus. Insgesamt dürfte das die Kirchhellener eher freuen – man stelle sich den Lärm vor!! Auf die Sport- und Segelflieger entfallen über 99 Prozent der Flugbewegungen. Dafür hätte es nicht einer Verlängerung der Start- und Landebahn bedurft.

Dass sich die Flugplatzgesellschaft am Rande der Insolvenz bewegt, macht die geringe Eigenkapitalquote deutlich. Im Beteiligungsbericht der Stadt Bottrop wird für das Jahr 2010 nur eine Eigenkapitalquote von unter vier Prozent ausgewiesen. Damit wird deutlich, dass auch in Zukunft die Flugplatzgesellschaft auf Gelder aus dem Stadtsäckel angewiesen ist.

Für die Stadt Bottrop ist spätestens jetzt der Punkt erreicht, an dem ein Ausstieg aus der Flugplatzgesellschaft billiger wird, als ein dauerhafter Ausgleich der Betriebskosten. Sowohl Flugplatz als auch Gewerbegebiet verursachen einen immer höheren städtischen Zuschuss, ohne dass damit eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung verbunden wäre. Die nicht vorhandene wirtschaftliche Perspektive für den Flugplatz ist Grund genug, einen Austritt aus der Flugplatzgesellschaft einzuleiten! Dass das nicht sehr weit hergeholt ist, zeigt folgender Fakt: In einem internen Bericht des Rechnungsprüfungsamtes werden nämlich bereits entsprechende Szenarien und Konsequenzen für die Stadt Bottrop aufgeführt.

Man muss sich das Missverhältnis zwischen den Geldern, die der Rat mit den Stimmen der Mehrheit für den nicht genutzten Flugplatz fröhlich zum Fenster herauswirft und der Knausrigkeit der gleichen Ratsvertreter zum Beispiel beim Bottrop-Pass oder beim Stenhoffbad mal ganz genau betrachten. Hier wird nochmals deutlich, wen diejenigen, die für den Flugplatz die Abstimmhand heben, wirklich vertreten!!

**Ulrich Kunold, Tel.: 7734190**

**Möddericher Straße**

# Bürger sind stinksauer - noch mehr Häuser



**Zugegeben: Hinter den Häusern an der Möddericher Straße sieht es ziemlich wild aus - aber müssen hier wirklich gegen den Willen der Anwohner 25 Häuser entstehen?**

Entgegen der Zusicherung von Bürgermeister Klaus Strehl auf einer Bürgerversammlung im September 2008 soll in der bisherigen Freifläche an der Möddericher Straße mittels eines geänderten Bebauungsplanentwurfs die Anzahl der zu errichtenden Wohneinheiten von 18 auf 25 erhöht werden. Dafür sollen bisher vorgesehene Freiflächen zusätzlich bebaut werden. Im November 2012 hatte die DKP bereits in einem Antrag für den Planungsausschuss auf die Besorgnis der Anwohner hingewiesen und um Auskunft der Verwaltung gebeten. In einer Antwort des Planungsamtes vom November heißt es: „Grundlage ist weiterhin der städtebauliche Entwurf vom 22.01.2008. Die Flurstücke 742 und 743 sind darin von einer Bebauung ausgenommen.“

Dem Planungsausschuss wird im April 2013 jedoch eine geänderte Bebauung vorgelegt, in dem auch die bisher von der Bebauung ausgenommenen Flurstücke überbaut werden sollen. Diese Flurstücke gehören der Vivawest Wohnen GmbH. Deren Gewinninteresse soll über die Belange der Anwohner der Korzmannstraße gestellt werden. Mit dieser dichteren Bebauung wird die öffentliche Fläche in dem Bebauungsplan von 52 Prozent auf 18 Prozent reduziert. Die bisherige Freifläche verliert damit ihre wichtige Funktion als Frischluftschneise.

Begründet wird diese dichtere Bebauung mit den hohen Kosten der Schmutz- und Niederschlagswasserentsorgung sowie den Kosten der Ausgleichsmaßnahmen - anders ausgedrückt: Mehr Häuser bringen mehr Gewinn, den die Käufer oder Mieter aufbringen müssen. Verbunden damit ist eine unterschwellige Botschaft: Wenn die höhere Anzahl von Häusern nicht genehmigt wird, baut Vivawest gar nichts!

Die Anwohner sind stinksauer, da einmal gegebene Zusagen nicht eingehalten werden. Selbst eine erneute Offenlage mit Einspruchsmöglichkeiten der Bürger ist nicht vorgesehen. Die DKP fordert die Beendigung der Planung der Bebauung, stattdessen soll die grüne Oase erhalten bleiben.

**Günter Ziemmek**



Kurz & knapp - aber zum Teil schmerzhaft

# Aktuelles aus dem Rat und den Ausschüssen

Das Katholische Stadthaus in der Innenstadt, auch das grüne Haus genannt, steht mehr oder weniger leer, Zukunft ungewiss. In der Vergangenheit ist wohl versäumt worden, den Bau gut genug instand zu halten, so dass auf einen eventuellen Nachmieter oder –besitzer diesbezügliche Kosten zukommen. Dennoch wird seitens der Spitzen der Bottroper Stadtverwaltung überlegt, das grüne Haus für eigene Zwecke zu nutzen.

Pikant an der Sache: „Verwaltungsleiter und Geschäftsführer der Katholischen Stadtkirche“, so sein Titel, ist Klaus Dobrindt, Ratscherr der ÖDP im Rat der Stadt und auch Vorsitzender des „Betriebsausschusses Bottroper Sport- und Bäderbetrieb“, somit unter anderem zuständig für das Stenkhoffbad. Es dürfte spannend werden, wie sich Herr Dobrindt und seine Partei aus dem Zwiespalt herauswinden, sich einerseits für den Abriss des Saalbaus und gegen die städtische Förderung des Freibades auszusprechen und bei der Abwicklung des grünen Hauses einen Nachmieter zu finden – und dann auch noch einen, der Stadtverwaltung heißt.

\*

Kaum ist der Bottrop-Pass abgeschafft, werden auch schon die Preise im Kulturbereich erhöht. Es geht ja nicht, dass nur Hartz-IV-Bezieher nicht mehr die Preise für das kommunale Kino, Ausstellungen oder sonstige Kulturveranstaltungen bezahlen können, nein, es sollen künftig auch andere wenig begüterte Schichten von kulturellen Angeboten ausgeschlossen werden, so dass bald nur noch die „Besserverdienenden“ in deren Genuss kommen – und die Angebote für das „niedere Volk“ bald mangels Besucher auch noch dicht gemacht werden können. Im selben Abwasch wurden

vom Rat der Stadt mit Mehrheit auch gleich die Eintrittspreise der städtischen Bäder erhöht. Da bekommen Aussagen wie „Ins Stenkhoffbad müssen einfach nur mehr Leute gehen!“ bei der Diskussion um das Bürgerbegehren einen mehr als schalen Beigeschmack.

\*

In der April-Sitzung des Jugendhilfeausschusses wurde den drei Streetworkern eine gute Arbeit bescheinigt, aber inzwischen ist nur noch eine Stelle besetzt. Die Mehrheit des Ausschusses gab sich mit dem Versprechen zufrieden, dass nur eine der zwei offenen Stellen neu besetzt wird und dass im Herbst Sparmaßnahmen in der offenen Jugendarbeit beschlossen werden.

Auf die Frage der DKP, ob die Stellen denn ausgeschrieben seien, verneinte der Dezernent und kündigte an, die „Effizienz“ der Arbeit der Streetworker prüfen zu wollen.

Die nächste Runde der Sparorgien ist eingeläutet. Wer dem „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ zugestimmt hat, soll jetzt in Zugzwang gesetzt werden, weiteren Sparzwängen nachzugeben.

\*

Im Jahre 2005 hat der Rat der Stadt u. a. den „Brötchentarif“ und das freie Parken ab 17.00 Uhr in der Innenstadt beschlossen. Die DKP-Fraktion stimmte dieser Maßnahme zu, forderte aber einen Beitrag des Einzelhandels ein. Gerade die CDU-Fraktion führte damals als Begründung an, dass der Einzelhandel mit dieser Maßnahme gestärkt werden sollte. Gleichzeitig versprach man sich eine Attraktivitätssteigerung der Innenstadt.

Mit den im September letzten Jahres beschlossenen Maßnahmen im Rahmen des sogenannten „Stärkungspaktes Stadtfinanzen“ wurde jedoch stattdessen gegen die Stimmen

der DKP beschlossen, die Einnahmen aus den Parkgebühren um 150.000 Euro zu steigern! Durch die Senkung der Taktung von 6 auf 4 Minuten werden die Parkgebühren in der Innenstadt um 50 Prozent erhöht. Von Stärkung des Einzelhandels wird nun nicht mehr gesprochen. Wie will man auch den Einzelhandel stärken,

wenn man

1. die Parkgebühren erhöht und die Bürger weiter abschreckt in einer unattraktiven Innenstadt einkaufen zu gehen und
  2. dadurch auch noch die Kaufkraft der Bottroper mindert.
- Die DKP hat der Erhöhung nicht zugestimmt, weil damit das Grundübel der maroden Stadtfinanzen nicht beseitigt wird.



An der Prosperstraße vor dem Jugendamt gibt es ein Gebäude, das nannte sich jahrelang „Haus der Jugend“. Dann wurde es umbenannt in „Spielraum“.

Nun hat jedoch die Verwaltung des Jugendamts ihre Hände auf der verzweifelten Suche nach Büroraum zum Spielraum ausgestreckt – mit der Konsequenz, dass kaum noch Spielraum da ist für die Arbeit mit Kindern. Schöne Begründung: Zu wenige Kinder, da viele den Offenen Ganztags an den Schulen nutzen. Der Vertreter der DKP im Jugendhilfeausschuss, Manfred Plümpe, konnte sich jedoch bei einem Besuch überzeugen, dass durchaus „Kinder da“ waren! Und: Was spricht gegen eine Veränderung der Öffnungszeiten des Spielraums?

## Impressum

### Ich möchte...

- Informationen über die DKP bekommen.
- Einladungen zu den Veranstaltungen
- Mitglied werden.

Name: \_\_\_\_\_  
 Straße: \_\_\_\_\_  
 PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Herausgeberin: DKP-Ratsfraktion im Rat der Stadt Bottrop

V.i.S.d.P.: Michael Gerber, Germaniastr. 54, 46236 Bottrop

☒ s.o. ☎ 68 81 57

E-Mail: dkp-bottrop@t-online.de  
 www.dkp-bottrop.de

Auflage: 35.000. Druck: Kiel-Druck, Kiel

Geschlossene Geschäfte

# Schandflecke oder Symptom?

In der Bottroper Innenstadt stehen wieder einmal oder immer noch Geschäftslokale leer und zwar so viele, dass sie inzwischen schon nicht mehr nur Schandflecke im Stadtbild darstellen, sondern wohl auch Symptome. Symptome für den möglichen Niedergang, mindestens für eine Veränderung der „Wirtschaft“, der Ökonomie unserer Stadt. Wie das? Man benötigt keine Wahrsager, um zu sehen, was sich tut und tun wird durch die zunehmende Zahl von Billigläden, durch das bald öffnende „neue“ Hansa-Zentrum mit seiner Konkurrenz zu (alt-)eingesessenen Firmen, denn da entsteht nicht nur eine Filiale eines Elektronikgroßhändlers, sondern da wird es auch Geschäfte geben wie: Eine Schnellbäckerei, ein oder mehrere Modegeschäfte, Friseur, Optiker, Drogerie usw. - also durchaus Konkurrenz für die kleineren Läden oder Filialen anderer Ketten. Warum das alles? Die Menschen nicht nur in unserer Stadt können den Euro nur einmal ausgeben und gehen dafür nicht unbedingt zum Fachmann, sondern eher zum Discounter und nehmen dafür auch geringere Qualität und weniger Beratung in Kauf. Ergebnis: Selbst der Mittelstand muss bangen, nicht nur die kleinen Fische werden gefressen!

Hier ein paar Beispiele:



Rechts→ Mal drin, mal wieder draußen - die FDP und ihr Lokal am Torbogen Gladbecker Straße haben eine wechselvolle Geschichte. Zuletzt gab es wohl eine Überschwemmung. Muss wohl erst trocken gelegt werden... Jedenfalls steht dieser Laden, in welchem auch mal die Jusos ihr Büro hatten, nun wieder leer.



↑ Oben sehen sie eins von zwei leerstehenden Ladenlokalen in der „Altmarkt-Passage“, da ist es wohl zu teuer.

↓ Unten die schon recht lange leerstehende „Internet-Apotheke“ an der HansasträÙe. Ob das Lokal wohl jemals wieder genutzt wird? Momentan findet sich dort nur Werbung.



← Links das frühere Café Spengler an der Gladbecker Straße, dort gibt es weitere Leerstände. Momentan wird eins der Geschäfte als Büro für das Trapez-Projekt genutzt.

↓ Unten: Hier war mal vor langer, langer Zeit ein Elektrohändler, hier war auch mal ein bekannter Hamburgerbräter und ein weniger bekannter Schnellimbiss zu finden. Haben die sich an den Mieten die Zähne ausgebissen? Das Ladenlokal steht nämlich leer...



# Stenkhoffbad bleibt! Bürgerentscheid

